

HINWEIS

Dieser Text wurde mit dem "Politischen Informationssystem Offenbach" erstellt. Er dient nur der Information und ist nicht rechtsverbindlich. Etwaige Abweichungen des Layouts gegenüber dem Original sind technisch bedingt und können nicht verhindert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt
Offenbach am Main
2011 - 2016

2011-16/DS-I(A)0393

Ausgegeben am 06.06.2013
Eing. Dat. 06.06.2013

- **Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit haben in Offenbach nichts verloren**

Dringlichkeitsantrag SPD, B´90/Die Grünen, Linke, FDP, FW und Piraten vom 06.06.2013

-

- Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Aufgrund des am vergangenen Sonntag stattgefundenen Angriffs auf einen Rabbiner in einem Offenbacher Einkaufszentrum distanziert sich die Offenbacher Stadtverordnetenversammlung von jeglicher Form von Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ruft die Offenbacher Bevölkerung zu Zivilcourage auf.

Der Magistrat wird beauftragt, auf die Schulen dahingehend einzuwirken, dass sie in ihrem Unterricht mehr Zeit für Vertreter aller Religionen/Ethnien einräumen, damit diese ihre Religion/Weltanschauung vorstellen und dadurch aufklären können. Zudem sollen gemeinsam mit Elternbeiräten Projekte initiiert werden, die das Verständnis für Religionen/Ethnien bei Kindern, Jugendlichen wie ihren Eltern fördern können und zu Zivilcourage bewegen.

Begründung:

- Am 5.6.13 wurde bekannt, dass in einem Offenbacher Einkaufszentrum ein Rabbiner von Jugendlichen antisemitisch beschimpft und körperlich bedroht wurde. Nach Auskunft des Rabbiners kommen Beschimpfungen gegen ihn häufig vor. Die antragstellenden Fraktionen sehen aufgrund der deutlichen antisemitischen Handlung und Eskalation dieser durch körperliche Angriffe die Dringlichkeit gegeben, gegen Antisemitismus und Rassismus Stellung zu beziehen, sowie verstärkte Maßnahmen zur interreligiösen Aufklärung an den Schulen einzufordern. Insbesondere muss jedoch auch an die Eltern Offenbacher Kinder und Jugendlicher herantreten werden, um in Zukunft Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten aufgrund von Religion, Herkunft und Aussehen zu verhindern und die Zivilcourage in der Gesellschaft zu fördern.
